

LAND TAGS KURIER



Seite 4:
Verteidigung und
Vorstellung der neuen
Staatsregierung



Seite 13:
Gedenken an die Opfer
des Nationalsozialismus
in Theresienstadt



Seite 17:
Neues Sonderthema zu
Kulturraumgesetz und
Kulturräumen in Sachsen

Ausgabe
1.18



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

die Menschen im Freistaat Sachsen haben ein Recht darauf, gut regiert zu werden. Das habe ich in meiner Rede zum Neujahrsempfang im Landtag verdeutlicht. Deswegen gibt es unsere Verfassung, deswegen gibt es die dort verankerten Institutionen, deswegen gibt es gewählte Politikerinnen und Politiker, die kontinuierlich Sorge tragen müssen, den Menschen zuzuhören und an ihren Problemen dran zu sein. Die Abgeordneten des Sächsischen Landtags tun dies und sehen die Realitäten im Land. Sie werden 2018 einen Doppelhaushalt für die Jahre 2019/2020 beraten und beschließen, der eine verantwortungsvolle Politik für Sachsen und seine Bürger abbildet – dessen bin ich mir sicher.

Diesen hohen Anspruch verfolgt auch die neue Sächsische Staatsregierung, deren Ministerinnen und Minister am 31. Januar von mir im Landtag vereidigt wurden. Ministerpräsident Michael Kretschmer hat in seiner ersten Regierungserklärung bekräftigt, gemeinsam mit den Bürgern für eine gute Zukunft in Sachsen arbeiten zu wollen. Bildung und Kitas, Polizei und Sicherheit, Kommunen und ländlicher Raum, Infrastruktur und Internet, Ehrenamt und Feuerwehren, das von ihm vorgestellte 100-Tage-Programm enthält Vorhaben auf allen diesen wichtigen Feldern.

Ein besonderes Augenmerk legte der Ministerpräsident auf das Thema »Politische Bildung«. Denn unsere parlamentarische Demokratie lebt selbstverständlich vor allem vom Mitmachen und von Mitmachern. Staat und Politik können schließlich nicht jedes individuelle Problem lösen. Unsere Demokratie lebt auch von der breiten öffentlichen Kenntnis ihres nicht ganz einfachen Wesens. Und sie lebt vom Respekt voreinander sowie von einem zivilisierten Miteinander – und zwar von Kindesbeinen an.

Der verantwortungsvolle Umgang mit der Demokratie und mit der eigenen Zukunft ist das eine, der mit der Vergangenheit das andere. Unsere diesjährige Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus bezog deshalb Schüler aus Sachsen und aus Tschechien aktiv mit ein. Auf dem Gelände des ehemaligen Ghettos und Gestapo-Lagers Theresienstadt erinnerten sie gemeinsam mit Überlebenden des Holocausts an unser aller Verantwortung für eine freie und friedliche Gesellschaft.

Matthias Röbner

Dr. Matthias Röbner
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

66. Sitzung des Sächsischen Landtags Sächsische Staatsregierung vereidigt	4
66. Sitzung des Sächsischen Landtags Zusammenhalt, Bildung, neue Wege Ministerpräsident erklärt den Plan der Staatsregierung für Sachsen	5
66. Sitzung des Sächsischen Landtags Nach dem Sturm CDU und SPD: Anerkennung für die ehren- und hauptamtlichen Einsatzkräfte	7
66. Sitzung des Sächsischen Landtags Morgen, morgen, nur nicht heute ... GRÜNE: Nichtstun beim Klimaschutz bestraft unsere Kinder und Enkel	8
67. Sitzung des Sächsischen Landtags Gute Ideen aus Sachsen CDU und SPD: Agrarförderung nach 2020 beibehalten – Reformen umsetzen	9
67. Sitzung des Sächsischen Landtags Informieren, nicht kriminalisieren DIE LINKE: Straftatbestand der Werbung für Schwangerschaftsabbruch abschaffen	10

AKTUELLES

»Unsere Demokratie lernt – der Landtag fängt gesellschaftliche Signale auf und handelt.« Neujahrsempfang im Sächsischen Landtag	12
»Als Erinnerung und Mahnung.« Tschechisch-sächsisches Gedenken am 24. Januar 2018 in Terezín/Theresienstadt	13
»So ganz normal ist mein Leben nie gewesen, unsere Kinder hatten keine Verwandten.« Zeitzeugengespräch mit Dr. Dagmar Lieblová und Prof. Dr. Felix Kolmer	16

SONDERTHEMA

25 Jahre Sächsisches Kulturraumgesetz Seine Entstehung, die inhaltlichen Kernpunkte und die Auswirkungen (Teil 1)	18
---	----

AUSSTELLUNG

»Görlitz – Auferstehung eines Denkmals« Ausstellung im Landtag dokumentiert beeindruckenden Wandel der Stadt	20
--	----

GESCHICHTE

Landtagskarrieren vor 300 Jahren Studie zu den kursächsischen Landtagen in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts erschienen	22
--	----

SERVICE

Weitere Informationen	24
-----------------------------	----

// Titel: Tschechisch-sächsisches Gedenken am 24. Januar 2018 in
Terezín/Theresienstadt // Foto: T. Schlorke

Neue Sächsische Staatsregierung vereidigt



Foto: S. Giersch

// Zu Beginn der 66. Sitzung am 31. Januar 2018 wurde die neue Sächsische Staatsregierung vorgestellt und vereidigt. Im Anschluss daran erfolgte die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. In gleicher Sitzung wurde unter dem Eindruck des Sturmtiefs »Friederike« über die Anerkennung ehren- und hauptamtlicher Einsatzkräfte sowie über den Klimaschutz debattiert. In der 67. Sitzung am 1. Februar wurde über den Fortgang der EU-Agrarförderungen ab 2020 diskutiert, die strafrechtliche Verfolgung der Bewerbung von Schwangerschaftsabbrüchen bildete das Thema einer weiteren Aktuellen Debatte. //



Foto: P. Sosnowski

// Zu Beginn der 66. Sitzung des Sächsischen Landtags am 31. Januar 2018 hat Ministerpräsident Michael Kretschmer den Abgeordneten die Mitglieder der neuen Staatsregierung vorgestellt, die anschließend von Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler vereidigt wurden. Der Präsident beglückwünschte sie im Namen der Abgeordneten zu ihrer Berufung und wünschte ihnen für ihr Amt alles Gute, viel Erfolg und Gottes Segen. Der Sächsischen Staatsregierung gehören die folgenden Staatsminister an: //



Fotos: S. Giersch

Uwe Nösner

Sächsische Staatsregierung vereidigt

Zusammenhalt, Bildung, neue Wege

Ministerpräsident erklärt den Plan der Staatsregierung für Sachsen

Martin Dulig
Wirtschaft / Arbeit / Verkehr

Martin Dulig, SPD, wurde am 26. Februar 1974 in Plauen/Vogtland geboren. Er absolvierte eine Ausbildung zum Baufacharbeiter mit Abitur und arbeitete von 1992 bis 1998 als Jugendbildungsreferent der SPD Sachsen. 1998 bis 2004 Studium der Erziehungswissenschaften. Seit 2004 ist er Mitglied des Sächsischen Landtags. 2007 wurde er zum Fraktionsvorsitzenden, 2009 zum Parteivorsitzenden der SPD in Sachsen gewählt und 2014 zum Minister berufen.

wissenschaften. Von 2010 bis 2014 arbeitete er als Chef des Leitungs- und Planungsstabs im Bundesfinanzministerium. Seit 2014 leitete er dort die Abteilung Federale Finanzbeziehungen zwischen den Bundesländern.

Sebastian Gemkow
Justiz

Sebastian Gemkow, CDU, wurde am 27. Juli 1978 in Leipzig geboren. 2007 ließ er sich dort als Rechtsanwalt nieder. Seit 2009 ist er Mitglied des Sächsischen Landtags. Seit 2010 fungiert Gemkow als Präsident des Parlamentarischen Forums Mittel- und Osteuropa. Ehem. Honorarkonsul von Estland für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. 2014 zum Justizminister berufen.

Prof. Dr. Roland Wöller
Inneres

Prof. Dr. Roland Wöller, CDU, wurde am 19. Juli 1970 in Duisburg geboren. Studium der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre. Er ist seit 1999 Mitglied des Sächsischen Landtags. Von 2007 bis 2008 war er Sächsischer Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft, anschließend bis 2012 Staatsminister für Kultus und Sport.

Dr. Matthias Haß
Finanzen

Dr. Matthias Haß, CDU, wurde am 18. April 1967 in Stade geboren. Studium Ev. Theologie und Rechts-

Dr. Eva-Maria Stange
Wissenschaft/Kunst

Dr. Eva-Maria Stange, SPD, wurde am 15. März 1957 in Mainz geboren. Von 1997 bis 2005 übte sie das Amt der Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft aus. Sie war bereits von 2006 bis 2009 Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst und wurde 2014 erneut in dieses Amt berufen. Mitglied des Sächsischen Landtags seit 2009.

Barbara Klepsch
Soziales / Verbraucherschutz

Barbara Klepsch, CDU, wurde am 23. Juli 1965 in Annaberg-Buchholz geboren. Die Studierende Verwaltungsbetriebswirtin arbeitete dort von 1993 bis 2001 als Kämmerin. Von 2001 bis 2014 war sie dort Oberbürgermeisterin. 2014 wurde sie als Ministerin für Soziales und Verbraucherschutz berufen.

Thomas Schmidt
Umwelt / Landwirtschaft

Thomas Schmidt, CDU, wurde am 7. März 1961 in Burgstädt geboren. Nach dem Abitur und einer Berufsausbildung zum Agrotechniker absolvierte er zwischen 1982 und

1987 ein Universitätsstudium zum Diplom-Agraringenieur. Seit 2004 ist er Mitglied des Sächsischen Landtags und wurde 2014 zum Minister für Umwelt und Landwirtschaft berufen.

Petra Köpping
Gleichstellung / Integration

Petra Köpping, SPD, wurde am 12. Juni 1958 in Nordhausen geboren. Nach dem Abitur studierte sie Staats- und Rechtswissenschaften. Von 1989 bis 1990 und ab 1994 war sie Bürgermeisterin von Großpörsna, von 2001 bis 2008 Landrätin des Kreises Leipziger Land. Mitglied des Landtags ist sie seit 2009. 2014 wurde Köpping als Ministerin für Gleichstellung und Integration berufen.

Oliver Schenk
Chef der Staatskanzlei / Bundes- und Europaangelegenheiten

Oliver Schenk, CDU, wurde am 14. August 1968 in Dachau geboren. Studium der Volkswirtschaft. Der einstige Büroleiter von Ministerpräsident Prof. Dr. Georg Milbradt war zuletzt Abteilungsleiter für Grundsatzfragen und Telematik im Bundesgesundheitsministerium.

Michael Kretschmer hat für den Zusammenhalt im Freistaat geworben und Vorhaben der Sächsischen Staatsregierung vorgestellt. Dabei verwies er ausdrücklich auf die wichtige Rolle der kommunalen Familie. Nur gemeinsam mit Landräten, Bürgermeistern, Kreis- und Gemeinderäten werde Sachsen zu gestalten sein. Deshalb werde es mehr Geld und größere Spielräume für Kommunen geben, etwa beim Breitbandausbau. Bereits von diesem Jahr an bis 2020 bekämen die kreisangehörigen Städte und Gemeinden zusätzlich insgesamt 90 Millionen Euro. Für das Programm »Vitale Dorfkerne«

// Den Schwerpunkt der 66. Sitzung des Sächsischen Landtags bildete die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Sie stand unter dem Thema »Unser Plan für Sachsen: Zusammenhalt festigen, Bildung sichern, neue Wege gehen«.

würden ab jetzt jährlich 15 Millionen Euro bereitstehen. Hinzu kämen 2019 und 2020 weitere fünf Millionen Euro für einen Ideenwettbewerb »Ländlicher Raum«. Außerdem kündigte er Investitionen in Technik und Ausbildung bei den Feuerwehren von mehr als 200 Millionen Euro in den kommenden fünf Jahren an. Weiter gestärkt werden solle zudem das breite ehrenamtliche Engagement.

Schule größte Baustelle

Als stellvertretender Ministerpräsident sieht Martin Dulig im Bereich Schule die größte Baustelle. Nach den bisherigen Reparaturmaßnahmen könne das neue Kabinett nun richtig umsteuern. Es komme nicht so stark darauf an, wie das System verändert werde, ob Lehrerinnen und Lehrer künftig verbeamtet würden oder nicht. Ihm

komme es darauf an, dass Sachsen für junge Lehrerinnen und Lehrer attraktiver werde, und vor allem auch, dass alle Lehrerinnen und Lehrer, die das erfolgreiche sächsische Schulsystem seit Jahren und Jahrzehnten getragen hätten, von dem Gesamtpaket profitieren könnten. Als die größte arbeitsmarktpolitische Aufgabe seines Staatsministers für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr die Sicherung des Fachkräftebedarfs. Dazu werde die Sächsische Staatsregierung die »Fachkräftestrategie 2020« weiterentwickeln.

Für ein soziales Sachsen

Nach Auffassung von Rico Gebhardt, DIE LINKE, lähme die von der CDU geformte Bürokratie das Land, entziehe der kommunalen Selbstverwaltung

Neue Abgeordnete verpflichtet

Am 31. Januar 2018 wurden Cornelia Blattner, CDU, als Nachfolgerin von Prof. Dr. Günther Schneider, Robert Clemen, CDU, als Nachfolger für Alexander Krauß sowie Dr. Rolf Weigand, AfD,

als Nachfolger für Detlev Spangenberg durch Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler als neue Mitglieder des Sächsischen Landtags verpflichtet.

Cornelia Blattner



Robert Clemen



Dr. Rolf Weigand



// Rico Gebhardt

// Frank Kupfer

// Dirk Panter

// Volkmars Zschocke

// Jörg Urban

die Grundlage und nehme den Menschen in der Region die Chance, in ihrem Gemeinwesen aktiv mitzubestimmen. Die CDU-Staatsregierung habe mit ihrer auf Misstrauen gegründeten Politik der Gemeindegemeinschaften vielen Menschen ihre regionale Identität gestohlen. Seine Fraktion wolle Regionalbudgets: zehn Millionen Euro pro Jahr für jeden Kreis und jede kreisfreie Stadt und zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der Kommunen im Rahmen des sächsischen Finanzausgleichs 100 Euro pro Einwohner und Jahr zusätzlich. Die Reduzierung der sich weiter verschärfenden sozialen Ungleichheit auf den unterschiedlichen Ebenen sei die zentrale Voraussetzung für eine Gesellschaft mit Zukunft.

Sachsen startet neu durch

Mit der Regierungserklärung, so Frank Kupfer, CDU, werde Bewährtes fortgesetzt und würden Mängel korrigiert. Sie gebe neue Impulse und setze die richtigen Schwerpunkte. Die Koalition nehme den Fuß von der Bremse und starte neu durch. Sachsen brauche wieder eine Aufbruchsstimmung, wie sie Mitte der 1990er-Jahre zu erleben gewesen sei. Damals sei in einer Schnelligkeit gebaut und investiert worden, von der man heute nur träumen könne. Es bedürfe des Mutes für Entscheidungen. Nur so könne das Grundvertrauen in die Politik wieder wachsen. Jeder an seinem Platz sei gefor-

dert. Seine Fraktion orientiere sich dabei an der Lebenswirklichkeit im Land und mache den Menschen keine Vorschriften.

Optimistisch gestimmt

Beide Regierungserklärungen, so Dirk Panter, SPD, stimmten ihn optimistisch für eine in Zukunft gute, mutige und problemorientierte, aber auch gerechtere Politik. Der Stellenabbau der Vergangenheit sei ein Fehler gewesen, der viel Unzufriedenheit und Vertrauensverlust verursacht habe. Die Bürgerinnen und Bürger hätten ein Anrecht auf einen funktionierenden Staat. Mit Sparen als Selbstzweck sei jetzt ein für alle Mal Schluss. Es gehe um ein grundsätzliches Umsteuern in Sachsen, ein neues Denken und eine neue Herangehensweise an die Probleme. Martin Dulig habe diesbezüglich den Begriff »Problemlöser-Koalition« geprägt. Das sei ein Anspruch, dem SPD und CDU jetzt gemeinsam gerecht werden wollten.

Ein schlechter Witz

Jörg Urban, AfD, bezeichnete die Regierungserklärung als schlechten Witz und warf dem Ministerpräsidenten vor, das Thema unkontrollierte Massenzuwanderung und das daraus entstandene Asyl-Chaos in Sachsen in seiner Rede de facto komplett ausgeblendet zu haben. Stattdessen versuche er, mit Versprechen, Phrasen und Worthülsen von den katastrophalen Fehlern der alten CDU-geführten Staatsregierung

abzulenken. Diese habe den ländlichen Raum sträflich vernachlässigt und kopiere jetzt das längst ausgearbeitete 18-Punkte-Programm der AfD. Auch den massiven Lehrermangel habe Sachsen der CDU zu verdanken, die jahrelang so gut wie keine sächsischen Lehrabsolventen eingestellt habe. Auch der neue Regierungschef betreibe nur Flickschusterei. Ein Masterplan sei nicht zu erkennen.

Für respektvolles Miteinander

Der Ministerpräsident, so Volkmars Zschocke, GRÜNE, wolle den Zusammenhalt festigen. Stattdessen wiederhole und verstärke er immer wieder die bedrohlich klingende Warnung der AfD, dass durch den Familiennachzug aus einer Million Flüchtlingen schnell zwei oder drei Millionen werden

könnten. Diese Bedrohungs- und Abgrenzungsrhetorik sei sicherlich nicht geeignet, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Michael Kretschmer sei der Ministerpräsident aller Menschen, die in Sachsen lebten, nicht nur der CDU-Anhänger oder der AfD-Wähler, die er möglicherweise wieder mit der CDU versöhnen wolle. Wer den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken wolle, der stelle Integration und Teilhabe in den Mittelpunkt. Er habe vor allem das respektvolle Miteinander aller in Sachsen lebenden Menschen unter Wahrung ihrer eigenen Identität zum Ziel.



Das vollständige Regierungsprogramm finden Sie unter www.staatsregierung.sachsen.de



Es wird mehr Geld und größere Spielräume für Kommunen geben.

// Michael Kretschmer // Fotos: S. Giersch

66. Sitzung des Sächsischen Landtags



// Albrecht Pallas // Foto: S. Giersch

66. Sitzung des Sächsischen Landtags

Nach dem Sturm

Uwe Nösner

CDU und SPD: Anerkennung für die ehren- und hauptamtlichen Einsatzkräfte

// Am 18. Januar 2018 hat das durch Deutschland ziehende Sturmtief »Friederike« auch ganz Sachsen in Atem gehalten. Auf Antrag der Fraktionen CDU und SPD stand die Anerkennung für die ehrenamtlichen Helfer und hauptamtlichen Einsatzkräfte unter dem Titel »Nach dem Sturm ist vor dem nächsten Einsatz« am 31. Januar 2018 auf der Tagesordnung der 66. Sitzung des Landtags. //

Jan Löffler, CDU, dankte allen Helfern und Einsatzkräften für die im Zusammenhang mit dem Sturmtief »Friederike« erbrachten Leistungen. Zugleich hob er die Bedeutung des Brandschutzes hervor, bei dem auch der Ministerpräsident in seinem Programm Akzente gesetzt habe. Es sei ein positives Signal, die Mittel in diesem Bereich über die jährliche Förderung durch das Finanzausgleichsgesetz in Höhe von 21 Millionen Euro hinaus in den kommenden fünf Jahren auf 200 Millionen Euro anzuheben.

Den Angehörigen von Blaublichtorganisationen, so Albrecht Pallas, SPD, gebühre mehr Respekt, als ihnen derzeit entgegengebracht werde. Die ganze Gesellschaft sei gefragt, das zu ändern. Sachsen brauche auch künftig genügend und motivierte ehrenamtliche Helfer und hauptamtliche Einsatzkräfte. Seiner Fraktion sei das Thema sehr wichtig. Sie habe über die Arbeit, Probleme und Zusammenarbeit der Dienste mit Praktikern diskutiert und Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Ein Gradmesser

Mirko Schultze, DIE LINKE, bezeichnete den Sturm als einen Gradmesser der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Katastrophenschutzes und der Hilfsdienste in Sachsen. Aber auch in Zukunft müssten optimale Einsatz- und Alarmierungsbedingungen garantiert werden. So könne die Polizei in der Polizeidirektion Görlitz in Spitzenzeiten nur noch 50 Prozent der Notrufe bearbeiten. Wer die 110 oder 112 wähle, der müsse auch Hilfe erhalten. Sebastian Wippel, AfD, gab seinerseits zu bedenken, dass die Zahl der freiwilligen Feuerwehrleute in Sachsen in den Jahren 2008 bis 2016 um 5000 gesunken sei. Das sei ein Anteil von 11 Prozent. Gebraucht würden mehr freiwillige Helfer, mehr Geld für Material, die Modernisierung von Gebäuden, eine höhere Attraktivität des Ehrenamtes, ausreichend Lehrgänge an der Landesfeuerwehrschule Nardt und eine angemessene Unterstützung der Arbeitgeber, die Angehörige der freiwilligen Feuerwehr beschäftigten.

Zwei tragende Säulen

Extremwetterereignisse, so Valentin Lippmann, GRÜNE, würden weiter zunehmen, wenn nicht endlich etwas gegen den Klimawandel unternommen werde. Wer nicht begreife, dass Klimapolitik und Katastrophenschutz zusammengehörten, der sei vor einigen hundert Jahren stehengeblieben. Was wahre Wertschätzung für die Leistungen der Rettungskräfte betreffe, so werde diese durch gute Rahmenbedingungen, eine angemessene Entschädigung und Bezahlung sowie die gesellschaftliche Anerkennung zum Ausdruck gebracht. Diesbezüglich sehe er im Freistaat noch einen erheblichen Handlungsbedarf. Sachsen, so Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner abschließend, brauche auch in Zukunft ein starkes Feuerwehr- und Katastrophenschutzsystem, das auf zwei tragenden Säulen beruhe. Zum einen seien das die acht Berufsfeuerwehren mit 1700 hauptamtlichen Kräften, zum anderen die 43000 Angehörigen der freiwilligen Feuerwehr und die 6000 ehrenamtlichen Kameraden in den Katastrophenschutzseinheiten. Kurs der Staatsregierung sei es jetzt, im Bereich Feuerwehren, Rettungsdienst und Ehrenamt noch mehr als bisher zu tun.

Morgen, morgen, nur nicht heute ...

GRÜNE: Nichtstun beim Klimaschutz bestraft unsere Kinder und Enkel



66. Sitzung des Sächsischen Landtags

Uwe Nösner

Foto: S. Giersch

// Einen Schwerpunkt der 66. Sitzung am 31. Januar 2018 bildete eine von der Fraktion GRÜNE beantragte Aktuelle Debatte. Sie stand unter dem Titel »Morgen, morgen, nur nicht heute, sagen alle GroKo-Leute – Nichtstun beim Klimaschutz bestraft unsere Kinder und Enkel.« //

Die vorangegangene Aktuelle Debatte, so Dr. Gerd Lippold, GRÜNE, habe daran erinnert, dass es beim Thema Klimaschutz nicht nur um die Probleme der nachfolgenden Generationen gehe. Es bestünden auch heute schon Risiken. Bereits die gegenwärtigen Generationen hätten den Preis dafür zu bezahlen, dass bezüglich des Klimaschutzes viel zu lange nur geredet, aber nicht gehandelt worden sei. Auch angesichts der offensichtlichen Zunahme der Emissionen im vergangenen Jahr bestehe seine Fraktion jetzt auf ein klimapolitisches Sofortprogramm.

Dem hielt Jan Hippold, CDU, das Sondierungspapier der Koalitionsverhandlungen in Berlin entgegen. Danach solle Deutschland seiner Vorreiterrolle im Klimaschutz weiter gerecht werden. Die Ziele der UN-Klimakonferenz von Paris seien benannt und sollten weiterhin gültig sein. Es werde angekündigt, intensive Klimaanstrengungen im

Bau- und Verkehrssektor zu unternehmen. Darüber hinaus sei Einigkeit über die Steigerung der erneuerbaren Energien auf 65 Prozent des Strombedarfs bis 2030 erzielt worden.

Besondere Verantwortung

Marco Böhme, DIE LINKE, beklagte, dass Deutschland der Allianz der Kohleausstiegsstaaten leider nicht angehöre. Dabei komme Deutschland und insbesondere auch Sachsen eine besondere Rolle und Verantwortung zu. Gerade in Sachsen seien in den zurückliegenden hundert Jahren enorme Mengen an Treibhausgasemissionen entstanden, die immer noch Wirkung zeigten. Deshalb sehe auch er den Freistaat in der Pflicht, Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen. Die Koalition, so Jörg Vieweg, SPD, werde im Bereich des Klimaschutzes Handlungsempfehlungen für Sachsen vorlegen. Diese würden konkrete Aussagen zur Klima- und Speichertechnologie, zu erneuerbaren Energien, zur Mobilität, zur Wärmeversorgung, zur Energieeinsparung, zur Biodiversität und nicht zuletzt zum Landschafts- und Artenschutz enthalten. Wer den Klimaschutz auf das Thema Braunkohle reduziere, der sehe die Probleme zu einseitig und verliere das Ganze aus dem Blick.

Programm in Arbeit

Grüne Politik, so Carsten Hütter, AfD, gehe zulasten der nächsten Generation. Der überstürzte Atomausstieg, aber auch die vermehrte Nutzung von Steinkohle und Braunkohle seien verkehrte Lösungsansätze gewesen. Der damit einhergegangene Import von Kohle aus dem Ausland sei unvereinbar mit einem ökologischen und nachhaltigen Denken und Handeln. Der Atomausstieg habe Milliardenklagen zur Folge gehabt, die von Kindern und Enkeln bezahlt werden müssten.

Abschließend stellte Thomas Schmidt, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft, noch einmal klar, dass von der Sächsischen Staatsregierung in diesem Jahr ein Energie- und Klimaprogramm erarbeitet werde. Bei diesem Programm müssten – angefangen von europäischen bis hin zu bundespolitischen Vorgaben – verschiedene Ebenen in Betracht gezogen werden. Wenn man die Sondierungspapiere von CDU, CSU und SPD genau lese, dann handle es sich keineswegs um einen Ausstieg aus den gesetzten Zielen. Vielmehr enthielten sie ein klares Bekenntnis zu den Klimaschutzzielen der Konferenzen von Kyoto und, darauf aufbauend, auch von Paris.



Gute Ideen aus Sachsen

Uwe Nösner

CDU und SPD: Agrarförderung nach 2020 beibehalten – Reformen umsetzen

Fotos: S. Floss

67. Sitzung des Sächsischen Landtags

// In der 67. Sitzung des Landtags am 1. Februar 2018 befassten sich die Abgeordneten mit der Agrarförderung der Europäischen Union ab 2020. Beantragt hatten die Aktuelle Debatte die Fraktionen CDU und SPD. //

Wie Andreas Heinz, CDU, erklärte, brauche die europäische Agrarpolitik auch nach 2020 das bisherige Förderniveau. Nur so könnten die umfangreichen Ziele erreicht werden und sich positive ökonomische, ökologische und soziale Wirkungen weiter entfalten. Die von den Landwirten bereitgestellten öffentlichen Güter müssten auch künftig angemessen honoriert werden. Er denke hier an die Erhaltung von Kulturlandschaften, den Schutz von Natur, Klima, Umwelt und Biodiversität sowie die Anforderungen an das Tierwohl. Dem stimmte Volkmar Winkler, SPD, zu. Die sächsischen Landwirte brauchten



// Andreas Heinz

auch weiterhin Direktzahlungen von der Europäischen Union. Diese Gelder sicherten Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Sie dienten als Ausgleich für witterungsbedingte Markt- und Preisrisiken und hohe ökologische und soziale Standards in der EU. Sollte es nach 2020 zu einer Umverteilung von EU-Mitteln kommen, so müsse gewährleistet werden, dass dieses Geld in den jeweiligen Regionen verbleibe.

Eigenverantwortung stärken

Kathrin Kagelmann, DIE LINKE, bezog sich auf die Auffassungen von EU-Agrarkommissar Phil Hogan zur Agrarförderung, mit denen sie übereinstimme. Auch er wolle eine stärkere Flexibilität erreichen, die Eigenverantwortung der Nationalstaaten erhöhen und Bürokratie abbauen. Die Agrarpolitik müsse zudem zur Erfüllung der umweltpolitischen Zielsetzungen der EU beitragen. Auch die globale Dimension der Landwirtschaft mit den Auswirkungen auf Handel, Migration und Nachhaltigkeit dürfe nicht aus dem Blickfeld geraten. Nach Auffassung von Jörg Urban, AfD, seien die Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik – stabile Preise für Lebensmittel und auskömmliche Einkommen für Landwirte – in den Hintergrund gerückt oder verfehlt worden. Sogar der Deutsche Naturschutzring

spreche von einer unwirtschaftlichen und umweltschädlichen EU-Agrarpolitik. Die Agrarpolitik der Europäischen Union sei ein Fossil. In der heutigen Zeit richte sie gerade in Deutschland mehr Schaden als Nutzen an.

Neue Herausforderungen

Die Förderung, so Wolfram Günther, GRÜNE, bestehe seit den 1950er-Jahren, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Heute seien die Herausforderungen andere. Mit der Industrialisierung der Landwirtschaft seien neue Probleme entstanden, an die damals noch nicht zu denken gewesen sei. Diese müssten heute gelöst werden. Die Fördergelder müssten weit stärker als bisher für die im Landwirtschaftsbereich bestehenden Probleme eingesetzt werden. Abschließend sprach sich Landwirtschaftsminister Thomas Schmidt für eine EU-Agrarpolitik aus, die die ostdeutsche Landwirtschaft nicht benachteilige und bei der Bürokratie abgebaut werde. Die Landwirte in Sachsen verdienten Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Was sie nicht verdienten, seien Kürzungen ihrer Direktzahlungen und damit hohe finanzielle Verluste für den ländlichen Raum. Gleichzeitig müsse entschieden werden, wie viel und welche Kontrolle bei der Vergabe von Fördermitteln nötig und sinnvoll sei.



Foto: S. Floss

Uwe Nösner

Informieren, nicht kriminalisieren

DIE LINKE: Straftatbestand der Werbung für Schwangerschaftsabbruch abschaffen

// In der 67. Sitzung des Sächsischen Landtags am 1. Februar 2018 stand das Thema Schwangerschaftsabbruch auf der Tagesordnung. Mit der von ihr beantragten Aktuellen Debatte setzt sich die Fraktion DIE LINKE für die Abschaffung des Straftatbestandes der Werbung für den Schwangerschaftsabbruch ein. //

Wie Sarah Buddeberg, DIE LINKE, erklärte, nutzten Abtreibungsgegnerinnen und -gegner verstärkt den Paragraphen 219 a des Strafgesetzbuches, um Ärztinnen und Ärzte, die über Schwangerschaftsabbrüche informierten, mit Strafanzeigen zu kriminalisieren und einzuschüchtern. Ihre Fraktion hingegen wolle, dass Frauen sich sachlich informieren könnten. Deshalb fordere sie die Staatsregierung auf, im Bundesrat die Initiative der Länder Berlin, Brandenburg, Hamburg und Thüringen zur Abschaffung des Paragraphen zu unterstützen.

Dem entgegnete Daniela Kuge, CDU, dass es für die geforderte Bundratsinitiative seitens ihrer Fraktion ein klares Nein geben werde. Wer diesen Paragraphen ersatzlos aufheben wolle, der müsse in Zukunft in Internet, Fernsehen und Zeitschriften mit offener Werbung für eine Abtreibung rechnen. Es dürfe kein Geschäftsmodell gefördert werden, das auf der Tötung ungeborenen Lebens beruhe.

Überholtes Weltbild

Dagegen vertrat Iris Raether-Lordieck, SPD, die Auffassung, dass es des Paragraphen 219 a nicht bedürfe. Das in seiner Ursprungsform in der Zeit des Nationalsozialismus erlassene Gesetz idealisiere das Bild von Hausfrau und Mutter, deren größte Ehre darin bestanden habe, dem Führer Kinder zu schenken. Es atme ein völlig überholtes patriarchalisches Weltbild und widerspreche der heutigen Vorstellung von Selbstbestimmung und Gleichberechtigung. Karin Wilke, AfD, lehnte den Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Abschaffung des Paragraphen ihrerseits als verwerflich ab. Aus Sicht ihrer Fraktion ziele er in die völlig falsche Richtung. Nicht die Legitimierung und Legalisierung von Abtreibungen dürfe das Ziel sein, sondern das genaue Gegenteil. Es müsse alles dafür getan werden, dass junge Frauen sich für ihr Kind entscheiden könnten und Schwangere keine Sorge um ihre berufliche und finanzielle Zukunft haben müssten.

Gebotenes Korrektiv

Katja Meier, GRÜNE, bezog sich auf die Berufsordnung der Ärzteschaft. Danach sei es schon heute verboten, für Dienstleistungen wie den Schwangerschaftsabbruch Werbung zu betreiben. Allerdings müsse es für Ärztinnen und Ärzte möglich sein, ohne negative Folgen über ihre Dienstleistungen zu informieren. Leider habe es der Gesetzgeber bis heute nicht geschafft, diese berechtigte Forderung umzusetzen und das Strafgesetzbuch dementsprechend zu ändern. Abschließend gab Justizminister Sebastian Gemkow zu bedenken, dass es bei der Abschaffung des Paragraphen 219 a nicht um eine bloße Rechtsbereinigung, sondern im Kern um das menschliche Leben selbst gehen würde. Er vertrete den Standpunkt, dass es sich bei Abtreibungen nicht um eine Dienstleistung eines Arztes wie jede andere handle. Deshalb sei auch die Strafbarkeit von Werbung für Abtreibungen in seinen Augen kein überholter Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit des Arztes, sondern ein aus ethischen Gründen gebotenes Korrektiv.



www.landtag.sachsen.de



Foto: T. Schlorke

Neujahrsempfang im Landtag und gemeinsames Gedenken in Theresienstadt

// Am 3. Januar 2018 lud Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler zum traditionellen Neujahrsempfang. Der Einladung folgten rund 350 Gäste. Am 24. Januar 2018 gedachten Landtag, Staatsregierung, jüdische Gemeinden, sächsische Gedenkstätten, tschechische Parlaments- und Regierungsmitglieder sowie Schüler und Überlebende im ehemaligen Ghetto und Gestapo-Lager Theresienstadt der Opfer des Nationalsozialismus. Zwei Schüler, eine Deutsche und ein Tscheche, trugen persönliche Gedanken vor und die Holocaust-Überlebende Dr. Dagmar Lieblová mahnte in Richtung der zahlreichen Gäste, dass das Gedenken an die Millionen Toten der NS-Zeit niemals enden dürfe, auch wenn es bald keine Zeitzeugen mehr gäbe. //



Fotos: S. Füssel

Dr. Thomas Schubert

»Unsere Demokratie lernt – der Landtag fängt gesellschaftliche Signale auf und handelt.«

Neujahrsempfang im Sächsischen Landtag

Rund 350 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Medien und dem öffentlichen Leben waren am 3. Januar 2018 der Einladung zum traditionellen Neujahrsempfang des Landtagspräsidenten gefolgt. Der Auftakt des parlamentarischen Jahres fand wieder in der Lobby des Plenarsaals statt.

In seiner Ansprache appellierte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner an die Abgeordneten und politischen Entscheidungsträger in Sachsen, die »Zeichen dieser widersprüchlichen Zeit unverändert sehr ernst zu nehmen«. Einerseits gehe es Sachsen und den allermeisten seiner Menschen gut. Sachsen sei lebenswert und die sächsische Heimat liebenswert. Andererseits hätten nicht wenige Bürger Verlustängste, beklagten einen Gegensatz zwischen Reich und Arm in Deutschland oder sorgten sich darum, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt verloren gehe.

Das Bundestagswahlergebnis sei »der berühmte Wink mit dem Zaunpfahl« gewesen, der Auftrag der Wähler, diese widersprüchlichen Erfahrungen »mit aller Ernsthaftigkeit« in politisches Handeln zu übersetzen. Zwar warnte der Landtagspräsident davor, deswegen von einer Krise der Demokratie zu sprechen: »Was wir erlebt haben, war die Korrekturfunktion einer demokratischen Wahl – nicht mehr, nicht weniger.« Die Demokratie sei lernfähig und revitalisiere sich.

»Vor allem das Parlament fängt die gesellschaftlichen Signale auf und setzt sie in politisches Handeln um.« Jedoch sei es nun umso wichtiger, das »Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit des Staates, in die Handlungsfähigkeit von Politik zu stärken«. Alle politischen Akteure müssten kontinuierlich »dafür Sorge tragen, den Menschen zuzuhören und an ihren Problemen dran zu sein.«

Die Bürger in Sachsen hätten ein Recht darauf, gut regiert zu werden. Neben ein in vielen Bereichen berechtigtes »Weiter so!« müsse daher ein notwendiges »Anders machen!« treten, so Röbner. Ganz nach dem Motto: Stärken ausbauen, an Problemen arbeiten. »Ob Bildung, Kommunales, Innere Sicherheit, Infrastruktur oder Soziales – zeigen wir den Menschen im Freistaat, dass wir ihre Signale gesehen und gehört haben«, forderte der Landtagspräsident die Anwesenden auf. Der in diesem Jahr vom Landtag zu beschließende Doppelhaushalt 2019/2020, dessen war sich Röbner sicher, werde eine solche verantwortungsvolle Politik abbilden.

Während des Empfangs überbrachten Sternsingerkinder der Pfarrgemeinden Heilige Familie aus Dresden-Zschachwitz und der Herz-Jesu-Gemeinde aus Dresden-Johannstadt den Segen und sammelten Spenden. Die Sammelaktion stand unter dem Motto: »Gemeinsam gegen Kinderarbeit – in Indien und weltweit!«



Dr. Thomas Schubert

»Als Erinnerung und Mahnung.«

Tschechisch-sächsisches Gedenken am 24. Januar 2018 in Terezín / Theresienstadt

// Der Sächsische Landtag und die Staatsregierung gedachten in diesem Jahr am 24. Januar, wenige Tage vor dem Internationalen Holocaust-Gedenktag, in der Gedenkstätte des ehemaligen Ghettos und Gestapo-Lagers Theresienstadt der Opfer des Nationalsozialismus. Rund 150 Gäste, darunter Abgeordnete des Sächsischen Landtags, Mitglieder der Staatsregierung und des Verfassungsgerichtshofs, Vertreter der jüdischen Gemeinden und Gedenkstätten im Freistaat, Vertreter des tschechischen Parlaments und der tschechischen Regierung sowie Schüler des bilingualen Friedrich-Schiller-Gymnasiums Pirna und der Evangelischen Oberschule Gersdorf traten den Weg ins tschechische Terezín an. //



Foto: T. Schlorke

Theresienstadt war von 1940 bis 1945 als Ghetto wie als Transitlager und Gestapo-Gefängnis eine Station der nationalsozialistischen Menschenvernichtung. Von hier aus wurden Zehntausende vornehmlich tschechische, deutsche und österreichische Juden weiter zu den nationalsozialistischen Mordstätten im Osten transportiert und in den Tod geschickt. 33 500 Menschen, darunter auch viele politische Häftlinge und tschechische Patrioten, starben in Theresien-

stadt an den Folgen von Krankheit, Unterernährung und Gewalt. Der Nationalfriedhof auf dem Gelände der Gedenkstätte, letzte Ruhestatt von 10 000 Menschen aus Theresienstadt und dem KZ-Außenlager Leitmeritz, war in diesem Jahr Ort des traditionellen gemeinsamen Gedenkens des Sächsischen Landtags und der Sächsischen Staatsregierung.

Die tschechische Zeitzeugin Dr. Dagmar Lieblová, die als junges Mädchen mit ihrer Familie

zunächst nach Theresienstadt und später nach Auschwitz deportiert worden war, Zwangsarbeit leisten musste und als einzige in ihrer Familie überlebte, richtete einen eindringlichen Appell an die Anwesenden: »An die Ereignisse vor mehr als 70 Jahren erinnern uns vorläufig noch die Zeitzeugen. Jedes Jahr werden wir immer weniger, auch die Jüngsten von uns werden alt. Und so können wir nur hoffen, dass der Internationale Tag des Gedenkens an die Opfer des

Holocausts immer noch im Kalender steht, wenn niemand von uns, die es erlebt haben, mehr am Leben ist. Dass dieser Tag auch für die künftigen Generationen im Kalender bleibt. Als Erinnerung und Mahnung.«

Sie hätten Familien gegründet ...

Die Ermordeten hätten eine Lücke hinterlassen und eine Wunde gerissen, die niemals



AKTUELLES

Fotos: T. Schlorke

Genau das, der unwiederbringliche Verlust des menschlichen Lebens, sei für ihre Generation völlig unfassbar.

heilen werde. »Es fehlen unsere Geschwister, unsere Cousins und Cousinen, es fehlen die Kinder aus dem Familienlager in Birkenau, es fehlen die Kinder, die nach der Ankunft direkt von der Rampe zum Tod in die Gaskammer geschickt wurden. Mit ihnen sind künftige Dichter, Schriftsteller, Musiker, Komponisten, Techniker, Wissenschaftler, Väter und Mütter für immer verschwunden. Sie hätten Familien gegründet, Erfolge erreicht, sie hätten ein normales Leben führen können, und heute hätten sie Kinder, Enkel und Enkelinnen, vielleicht auch Urenkel. Es wurde ihnen nicht

gegönnt zu leben, sie fehlen uns bis heute.«

Das Vermächtnis der Zeitzeugen bewahren

Genau das, der unwiederbringliche Verlust des menschlichen Lebens, sei für ihre Generation völlig unfassbar, so die Schüler Greta Hess und Albert Zientek vom deutsch-tschechischen Friedrich-Schiller-Gymnasium Pirna. In Deutsch und Tschechisch trugen sie ihre Gedanken über das Unentschuldbare vor. Beide betonten, wie wichtig es sei, dass heute junge Menschen

beider Länder voneinander lernten und daran wüchsen. Sie endeten mit einer Zusicherung: »Wir versprechen, das Vermächtnis der Zeitzeugen zu bewahren und an künftige Generationen weiterzugeben. Wir versprechen, dafür zu sorgen, dass Tschechen und Deutsche gemeinsam eine glückliche Zukunft für ihre Länder und Europa gestalten.«

Extremismus energisch entgegnetreten

Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler und Ministerpräsident

// Greta Hess und Albert Zientek (v. l.)




// Dr. Dagmar Lieblová



AKTUELLES

Michael Kretschmer schlossen sich dem an und riefen anlässlich der Gedenkveranstaltung dazu auf, das Gespür für die Gefahren von Willkür und Unfreiheit nicht zu verlieren. Das unermessliche Leid der Opfer des Holocausts zeige, wohin es führe, wenn die Demokratie und ihre grundlegenden Werte verschwänden und die Würde des Menschen nichts mehr zähle. Gedenkstätten wie Theresienstadt mahnten alle, Rassismus, Antisemitismus und Extremismus energisch entgegenzutreten, auf dass nie wieder geschehe, was nie hätte geschehen dürfen.

Musikalisch begleitete das Gedenken der international renommierte Leipziger Synagogalchor. Den Anwesenden war ihre Ergriffenheit anzusehen, als der Dresdner Rabbiner Alexander Nachama das Gebet »El male rachamim« zum Gedenken an die Toten vortrug. Danach legten Vertreter der deutschen und tschechischen Seite Kränze nieder; die Gäste ehrten die Toten mit weißen Rosen, dem Symbol für Hoffnung und Neubeginn.



Hintergrund zum Gedenktag 27. Januar

Der 27. Januar ist in der Bundesrepublik Deutschland nationaler Gedenktag zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus. Seit 2006 gedenken der Sächsische Landtag und die Staatsregierung jedes Jahr an diesem Tag der Opfer mit einer gemeinsamen Veranstaltung.

Die Gedenkveranstaltung, die Kranzniederlegung und das Zeitzeugengespräch (siehe auch die folgende Seite) erscheinen in Wort und Bild als Gedenkschrift.

Das unermessliche Leid der Opfer des Holocaust zeige, wohin es führe, wenn die Demokratie und ihre grundlegenden Werte verschwänden und die Würde des Menschen nichts mehr zähle.





»So ganz normal ist mein Leben nie gewesen, unsere Kinder hatten keine Verwandten.«

Dr. Thomas Schubert

Zeitzeugengespräch mit Dr. Dagmar Lieblová und Prof. Dr. Felix Kolmer

Im Kino der »Kleinen Festung« Theresienstadt hatten sich gut 50 Schüler mit den beiden Zeitzeugen zu einem Gespräch über deren Erlebnisse verabredet. Dr. Dagmar Lieblová und Prof. Dr. Felix Kolmer berichteten den jungen Tschechen und Deutschen zunächst von ihren Wegen durch die Todeslager. Wie so oft sind es in solchen Momenten weniger die Fakten als vielmehr die einstigen Empfindungen, die die Zuhörer tief bewegen. So glich der Alltag im Ghetto von Theresienstadt weithin dem in vielen anderen damaligen Zwangsorten für die

europäischen Juden – unmenschliche hygienische Verhältnisse, Hunger, Krankheit, Tod. Das Schlimmste, so Dagmar Lieblová, sei aber die ewige Angst gewesen, von hier aus in den Osten abtransportiert zu werden. Denn das bedeutete damals mit Sicherheit Arbeitslager oder den Tod. Und dennoch habe es auch in diesen Extremsituationen enge Freundschaften gegeben. Etwa zwischen ihr und einem anderen Mädchen namens Dagmar. Beide durchlitten Seite an Seite dasselbe, beide überlebten. Ihre Freundin war nach dem Krieg die einzige »Tante«

für ihre Kinder, deren gesamte Verwandtschaft dem deutschen Morden zum Opfer gefallen war. Was beide Zeitzeugen (Felix Kolmer ist 95 Jahre alt, Dagmar Lieblová wird im kommenden Jahr 90) bis heute antreibt, ist die Weitergabe des Wissens an die junge Generation. Diese zeigte sich interessiert und wollte u. a. wissen, wie beide zur deutschen Sprache gefunden und wie lange sie gebraucht hätten, um über das Erlebte zu sprechen – zumal in Deutsch. Die Antworten überraschten nicht nur die Schüler. Frau Dr. Lieblová gestand, dass es für sie als Jüdin in der Tschechoslowakei der 1950er-Jahre, wo es zu antisemitischen Schaulprozessen kam, zu gefährlich gewesen sei, Englisch zu studieren. Professor Kolmer hob hervor, wie wichtig für ihn später der Kontakt zu und das Gespräch mit deutschen Wissenschaftskollegen an der TU Dresden gewesen sei. Das habe geholfen, sein Bild von den Deutschen zurechtzurücken.



Dr. Dagmar Lieblová (*1929) wurde als Mädchen mit ihrer Familie nach Theresienstadt und später nach Auschwitz deportiert. Während ihre Familie in Auschwitz den Tod fand, kam sie als Zwangsarbeiterin zunächst nach Hamburg und überlebte am Ende das KZ Bergen-Belsen. Von Krankheit und Entbehrungen gezeichnet, kehrte sie nach dem Krieg in ihre Heimatstadt Kutná Hora zurück. Sie studierte Philologie und Germanistik, gründete eine Familie und engagiert sich seit vielen Jahren als Vorsitzende des Vereins der ehemaligen Häftlinge des Ghettos Theresienstadt.



Felix Kolmer (*1922) geriet 1941 in die Fänge der Nationalsozialisten und musste zunächst in Zwangsarbeit das Ghetto Theresienstadt mit aufbauen. Er war dort Mitglied einer Widerstandsgruppe, wurde 1944 nach Auschwitz deportiert und floh kurz vor Kriegsende aus dem KZ Friedland, einem Außenlager des KZ Groß-Rosen. Nach dem Krieg studierte er Physik und arbeitete als Wissenschaftler auf dem Gebiet der Akustik. Er war u. a. stellvertretender Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Prag und Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees.



Fotos: T. Schlorke



Der Kultur verpflichtet

// Kultur besitzt in Sachsen einen hohen Stellenwert, Kulturförderung ist in der Verfassung fest verankert. Vor 25 Jahren wurde das Sächsische Kulturraumgesetz vom Landtag verabschiedet und der Freistaat in Kulturräume aufgeteilt. Im Landtag wird derzeit über eine Novellierung beraten. Der Landtagskurier widmet sich aus diesem Anlass dem Kulturraumgesetz als Sonderthema in mehreren Beiträgen. //

Foto: Chekunov Alexandr – stock.adobe.com

25 Jahre Sächsisches Kulturraumgesetz

Seine Entstehung, die inhaltlichen Kernpunkte und die Auswirkungen **TEIL 1**

Sachsen ist ein Kulturland mit einer besonders dichten Theater- und Orchesterlandschaft. Dazu gehören professionelle Theater und Orchester (darunter allein fünf sogenannte A-Orchester mit mehr als 90 Musikern wie das Gewandhausorchester Leipzig oder die Sächsische Staatskapelle Dresden). Hinzu kommen eine reiche Museumslandschaft, bedeutende Festivals (wie das Leipziger Dok-Film-Festival), eine Vielzahl von soziokulturellen Einrichtungen und annähernd 800 Bibliotheken. Die Gründe für die Reichhaltigkeit der sächsischen Kulturlandschaft sind vor allem in der Geschichte zu suchen. Sachsen war seit dem ausgehenden Mittelalter eines der wohlhabendsten deutschen Länder, was seinen Ausdruck stets auch in Investitionen in die Kultur fand.

Angesichts einer solchen Ausgangslage war es nicht verwunderlich, dass Kultur in Sachsen einen hohen Verfassungsrang erhielt. So besagt Art. 1 der Verfassung des Freistaates: »Sachsen ist ein demokratischer, dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Kultur verpflichteter sozialer Rechtsstaat.« Art. 11 definiert zudem das sogenannte Kulturstaatsgebot und besagt letzten Endes, dass die Kulturförderung auch unter schwierigen finanziellen Abwägungen nicht zur Disposition stehen kann. Das 1993 vom Sächsischen Landtag beschlossene Sächsische Kulturraumgesetz (heute gültig in der Fassung von 2008) kann als eine Art Umsetzung dieses Kulturstaatsgebotes betrachtet werden. Die Kultur wird mit ihm als kommunale Pflichtaufgabe definiert. Diese

// In diesem Jahr enthält der Landtagskurier das Jubiläum »25 Jahre Sächsisches Kulturraumgesetz« als Sonderthema. Dabei nimmt die Redaktion auf die Verabschiedung des Gesetzes 1993 und dessen gegenwärtige Novellierung Bezug. In den ersten beiden Beiträgen wird das Kulturraumgesetz erklärt. Anlässlich der Beratungen im Plenum kommen später die Fraktionen sowie die Staatsregierung zu Wort. Kurze Porträts zu den acht sächsischen Kulturräumen schlagen die Brücke zur Realität vor Ort. //

Hervorhebung ist wichtig, da Kulturförderung in den meisten deutschen Ländern als mehr oder weniger freiwillige Aufgabe betrachtet wird und daher auf »Streichlisten« meist ganz oben steht.

Das Sächsische Kulturraumgesetz geht auf Empfehlungen der Naumann-Kommission zurück. 1992 war dieses Gutachtergremium beauftragt worden, die sächsische Theater- und Orchesterlandschaft zu analysieren. Zum Hintergrund des Gesetzes gehört, dass seit 1992 die einigungsbedingte Sonderfinanzierung der ostdeutschen Kultur sukzessive verringert wurde. Somit galt es, Anschlussmodelle zu finden. Das Kulturraumgesetz stellte ein solches dar. Es zielt vor allem auf die Förderung der nicht staatlich getragenen Kultur in den Regionen. Das Kulturraummodell ist nur eine Säule der Kulturförderung in Sachsen. Daneben gibt es nach wie vor die unmittelbare Kulturförderung durch den Freistaat bzw. die Kultureinrichtungen, die unmittelbar durch das Land unterhalten werden. Dazu gehören bspw. die Staatlichen Kunstsammlungen und die Semperoper in Dresden oder das Völkerkundemuseum in Leipzig.

Ein Problem der Kulturpolitik besteht in der ungleichen Kostenverteilung zwischen den Gemeinden, die größere Kultur-

einrichtungen unterhalten, und den Umlandgemeinden, deren Bürger die Einrichtungen ebenfalls nutzen, ohne sie jedoch mitzufinanzieren. Um dieses

Problem sowie das der zahlenmäßig ungleichen Verteilung der kulturellen Angebote im städtischen und ländlichen Raum zu lösen, wurde mit dem

1 animaflora – stock.adobe.com | 2 steschum – stock.adobe.com
3 irakite – stock.adobe.com | 4 smac | M. Jungblut | 5 kivi80 – stock.adobe.com
6 Gerhard Köhler – stock.adobe.com | 7 Mattoff – stock.adobe.com
8 Erik Schumann – stock.adobe.com



Axel Helbig

Sächsischen Kulturraumgesetz für zunächst zehn Jahre ein neuer Ansatz in der Landeskulturpolitik versucht. Im November 2004 legten dann CDU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag fest, das Gesetz zu nächst bis zum Jahr 2011 zu verlängern. 2008 hat der Sächsische Landtag schließlich das Kulturraumgesetz entfristet und mit einer Finanzausstattung von zunächst jährlich mindestens 86,7 Mio. EUR versehen. Art. 15 des Haushaltsbegleitgesetzes 2011/2012 integrierte zudem die Finanzierung der Landesbühnen Sachsen.

Damit nicht wenige Kommunen die finanzielle Hauptlast tragen, ist in den ländlichen Kulturräumen ein Kulturlastenausgleich in Form einer Kulturumlage vorgesehen, dessen Höhe jeder Kulturraum selbst bestimmt. Den kommunalen Finanzausgleich ergänzen Zuweisungen des Landes, die seit 2015 insgesamt 91,7 Mio. EUR jährlich betragen. Davon werden den Kulturräumen jährlich mindestens 87 Mio. EUR zugewiesen. Die Kulturräume unterstützen kulturelle Einrichtungen und Maßnahmen aller Sparten von regionaler Bedeutung. Trägerschaft und Rechtsform sind für die Unterstützung unerheblich. Voraussetzung ist aber

eine angemessene Beteiligung der Sitzgemeinde, da das Kulturraumgesetz auf der Basis einer sich gegenseitig ergänzenden Komplementärfinanzierung funktioniert. Die Zuweisungen aus dem Staatshaushalt dürfen nicht mehr als 30 Prozent der Ausgaben aller vom Kulturraum geförderten Einrichtungen und Maßnahmen ausmachen. Ausschlaggebend für den bis in die Gegenwart gültigen Zuschnitt der Kulturräume waren vor allem drei Gesichtspunkte: (1) die vorgegebene Gliederung der kulturellen Infrastruktur, das heißt insbesondere die Existenz gemeinsam zu unterhaltender kostenintensiver Kultureinrichtungen (Gruppierung um mindestens ein Theater/Orchester), (2) das Vorhandensein von Identitätskonstrukten (bspw. für Oberlausitz-Niederschlesien, Vogtland oder Erzgebirge) und (3) administrative Gegebenheiten (Grenzen der Landkreise/kreisfreien Städte bilden die kleinste mögliche Einheit). Insgesamt werden durch Landeszuschüsse, Kulturumlage der Kreise und Sitzgemeinde-

anteile jährlich annähernd 130 Mio. EUR erhoben und verteilt. Bedeutsam ist dabei vor allem, dass dadurch zusätzlich Gelder aus Kommunen und Landkreisen mobilisiert werden (FAG-Mittel, Kulturumlage). Im Ergebnis des geschilderten Umbaus hat sich in Sachsen eine kommunal basierte, auf die Regionen bezogene Kulturstruktur etablieren können, die es so vorher nicht gab. Ausschlaggebend für diese neue Qualität war vor allem, dass die Kulturräume einerseits einen regionalen Rahmen für diesen Wandel gegeben haben und andererseits als Organisationseinheiten aktiv wurden. Das heißt, die Kulturräume selbst haben den Wandel vorangetrieben. Somit beruht die Umsetzung des Kulturraumgesetzes in der Regel auf einem breiten Konsens, der zwischen politischen Entscheidungsträgern und versierten Fachleuten gefunden wird. Auf diese Weise fallen die Entscheidungen über die Kulturförderung nicht irgendwo in der Ferne, sondern in den Regionen selbst.

Kernpunkte des Kulturraumgesetzes sind:

- Aufteilung Sachsens in fünf ländliche (Vogtland-Zwickau, Erzgebirge-Mittelsachsen, Leipziger Raum, Meißen-Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Oberlausitz-Niederschlesien) und drei urbane Kulturräume (Dresden, Chemnitz und Leipzig); die ländlichen Kulturräume sind dabei als Zweckverbände nach dem Sächsischen Gesetz über kommunale Zusammenarbeit organisiert, die urbanen Kulturräume sind identisch mit den drei genannten kreisfreien Städten;
- die erstmalige Verankerung von Kulturpflege als kommunale Pflichtaufgabe mit Gesetzesrang;
- die gemeinsame Finanzierung regional bedeutsamer Einrichtungen und Maßnahmen durch die Sitzgemeinde, den Kulturraum und den Freistaat Sachsen im Rahmen eines sächsischen Kulturlastenausgleiches sowie eine partizipative Beteiligung der Fachöffentlichkeit an den kulturpolitischen Förderentscheidungen über die Kulturbeiräte der Kulturräume.



Fotos: G. Moreno



Katja Ciesluk

»Görlitz – Auferstehung eines Denkmals«

Ausstellung im Landtag dokumentiert beeindruckenden Wandel der Stadt

// Der Dresdner Fotograf Prof. Jörg Schöner hält seit fast vier Jahrzehnten den enormen architektonischen Reichtum der Stadt Görlitz mit der Kamera fest. In dieser langen Zeit entstanden brillante großformatige Fotografien, die die beispiellose Rettung der Stadt als architektonisches Flächendenkmal eindrucksvoll dokumentieren. 2014 gestalteten die Stadt Görlitz und Schöner aus diesem Fundus eine Wanderausstellung, die nicht nur den Wandel der Europastadt festhält, sondern zugleich beeindruckende Werbung für diese ist. //

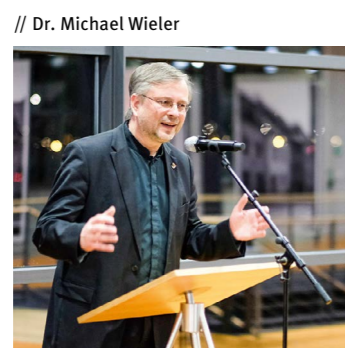
Nach Stationen in Görlitz, im Bundesrat in Berlin, am Dresdner Flughafen sowie in Wiesbaden – der Partnerstadt von Görlitz – gastierte die Schau vom 16. Januar bis 16. Februar 2018 im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags.

»Eine der schönsten Städte Sachsens«

Die Ausstellung zeige »die Rettung einer der schönsten Städte Sachsens, Deutschlands und Europas«, betonte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner bei der Eröffnung im Landtag. Görlitz stehe exemplarisch für den Wiederaufbau einer historischen Altstadt in Sachsen nach der friedlichen Revolution, der deutschen Einheit und der Wiedererrichtung des Freistaates.



// Dr. Matthias Röbner



// Dr. Michael Wieler



// Prof. Jörg Schöner im Gespräch



Für die Görlitzer Denkmale kam der politische Umbruch buchstäblich in letzter Minute. Pläne, die Altstadt Straßenzug um Straßenzug zu sprengen, lagen auf dem Tisch; ein Quartier hinter dem Rathaus fiel 1989 der ersten Sprengung zum Opfer. Sofort regten sich Proteste in der Bevölkerung. »Die Demonstrationen während der friedlichen Revolution sind in Görlitz untrennbar mit dem entschiedenen Einsatz der Einwohner für den Erhalt der Denkmalsubstanz ihrer Heimatstadt verbunden«, erinnerte Röbner in seinem Grußwort zur Vernissage.

»Fotografiere, bevor Görlitz zusammenfällt«

Die ältesten Aufnahmen von Jörg Schöner datieren aus den Jahren 1980 bis 1982. »Geh nach Görlitz und fotografiere die Altstadt, bevor sie zusammenfällt«, hatte ihm der damalige sächsische Landeskonservator, Professor Hans Nadler, geraten, als er ein Thema für seine externe Diplomarbeit an der Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig suchte. Jörg Schöner nahm den Rat an, noch nicht ahnend, dass ihn die Stadt auch nach erfolgreichem Studienabschluss nie wieder loslassen würde. Schöner, der später Prestigeobjekte wie den Wiederaufbau des Taschenbergpalais in Dresden, die Dresdner Frauenkirche sowie viele sächsische Staatsbauvorhaben dokumentierte, wurde somit zum Chronisten des Wandels von Görlitz.

Historisches und Gegenwärtiges, Verfallenes und Wiederhergestelltes hielt er mit der Kamera fest und zeigt so nicht nur die herausragende Bausubstanz, sondern auch Spuren des Alltags in der Neißestadt. So entstand eine Dokumentation des scheinbar unaufhaltsamen Verfalls, an dessen Stelle nach 1990 die historisch beispiellose »Auferstehung eines Denkmals« trat.

Maroder Charme und jüngst fertig sanierte Altbauten prägen die Ausstellung und liefern zugleich Einblicke in den Alltag damals und heute. Der Fotograf Jörg Schöner ist des Lobes voll für Görlitz. Es sind die fotografischen Eindrücke vor der Kameranlinse, die ihn berühmt gemacht haben. Aber Prof. Schöner erinnert sich auch gerne an die Eindrücke hinter der Kamera: »Ich möchte meinen Dank an die Einwohner der Görlitzer Altstadt aussprechen. Ich bin jenen dankbar, die es mir in den 1980er-Jahren ermöglicht haben, auch auf Dächern und Dachböden zu fotografieren, und die mir so einmalige Eindrücke und Motive verschafft haben.«

»Wir können Geschichte gestalten«

»Wir freuen uns sehr, dass wir die Ausstellung immer wieder einem breiten Publikum zeigen können und jetzt im Herzen der Landeshauptstadt zu Gast sind«, freut sich der Görlitzer Bürgermeister für Bauen und Stadtentwicklung, Dr. Michael Wieler. »Die Ausstellung ist ein imposanter Beleg für das große Engagement vieler Menschen, die sich in den vergangenen 27 Jahren für die Sanierung der wertvollen Bausubstanz eingesetzt haben.« Der Stolz auf seine Heimatstadt und ihre Bewohner ist in jedem seiner Worte zu spüren, als Wieler bei der Vernissage auf die große private Initiative zahlreicher Bürger beim Wiederaufbau zu sprechen kommt. »Es ist möglich, Geschichte zu gestalten und ihr eine andere Richtung zu geben.« Die Ausstellung habe bei ihrer ersten Präsentation in Görlitz viel in der Stadt bewegt. »Menschen sind miteinander ins Gespräch gekommen und haben gemeinsam Erinnerungen an die Stadtgeschichte hervorgekramt.«

Die Frage, ob die Ausstellung der krönende Abschluss seines Görlitz-Schaffens sei, verneint Jörg Schöner mit Nachdruck. Schließlich sei es jetzt an der Zeit, Görlitz noch einmal in Ruhe »durchzufotografieren«, so der 73-jährige, immer noch freiberuflich arbeitende Fotograf.



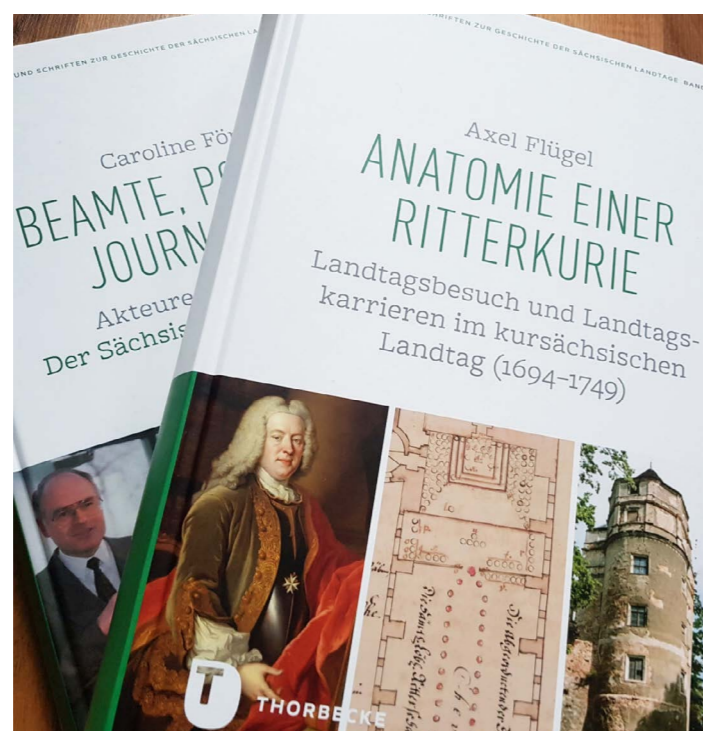
Jan Bergmann-Ahlsweide

Landtagskarrieren vor 300 Jahren

Studie zu den kursächsischen Landtagen in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts erschienen

// Der Sächsische Landtag fördert zurzeit ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Der Landtagskurier stellt unter der Rubrik »Geschichte« die in der Reihe »Studien und Schriften zur Geschichte der Sächsischen Landtage« erschienenen Bücher in loser Folge vor. //

Die neuere Kulturgeschichte nimmt die Normen, Regeln und Institutionen unter die Lupe. Sie verfolgt dieses Thema bis zum individuellen Handeln und zur zwischenmenschlichen Kommunikation. Deshalb könne »eine genauere Kenntnis der Personen oder Personengruppen, die handeln und kommunizieren, nicht schaden«, meint Axel Flügel in seinem Buch »Anatomie einer Ritterkurie. Landtagsbesuch und Landtagskarrieren im kursächsischen Landtag (1694–1749)«. Seine langjährige Forschungsarbeit auf dem Gebiet der prosopografischen, also der systematisch personenbezogenen Landtagsgeschichte der Frühen Neuzeit rechtfertigt Flügel u. a. mit diesem recht bescheiden daherkommenden Argument. Doch das neue Buch des Bielefelder Historikers ist mehr als nur eine Bestandsaufnahme der ritterschaftlichen Teilnehmergruppe der kursächsischen Ständeversammlungen. Der Autor wollte darüber hinaus erklären, wie der frühneuzeitliche Fürstenstaat und sein Landtag funktionierten. Dazu hat Flügel die gesellschaftlichen und politischen Rollen der adligen Landtagsteilnehmer analysiert und ihre Netzwerke erkundet. Der Untersuchungszeitraum ist abgesteckt durch die Regie-



// Band 2 der Studien und Schriften zur Geschichte der Sächsischen Landtage // Foto: Jan Bergmann-Ahlsweide

Matzerath herausgegeben wird. Wie Flügel in seinem Vorwort betont, stellt das Werk wichtige Ergebnisse aus seiner »vor bald 20 Jahren« begonnenen Forschung zur kursächsischen Landtagsgeschichte im 18. Jahrhundert vor. Diese Studien gehen zurück auf seine 2000 unter dem genauso griffigen wie provokanten Titel »Bürgerliche Rittergüter« erschienene Habilitationsschrift. Dort hat der Autor untersucht, wie im Leipziger Kreis das aufsteigende Bürgertum immer mehr Rittergüter übernahm. Im Gegenzug verlor der Adel immer mehr Güter, die ihn berechtigten, am Landtag teilzunehmen. Die lange Bearbeitungsdauer für das nun erschienene Werk spiegelt die besonderen Herausforderungen wider, die sein Autor bewältigen musste. Zum einen verlangten die empirischen Erhebungen zu den Personen und Personengruppen notwendigerweise eine außergewöhnlich lange Recherchephase. Zum anderen hatte sein dezidiert prosopografisches Vorgehen in den beiden zurückliegenden Jahrzehnten keine Konjunktur in der akademischen Geschichtswissenschaft.

ungsperioden Augusts des Starken (1670–1733, ab 1694 Kurfürst) und seines Sohnes Friedrich August II. (1696–1763, ab 1733 Kurfürst) und reicht bis zum vorübergehenden Abbruch des landständischen Einflusses nach dem Landtag von 1749, als die sächsische Politik unter dem übermächtigen Einfluss des Premierministers Heinrich von Brühl (1700–1763) stand. Damit hat Flügel für seine Untersuchung einen Zeitabschnitt gewählt, in dem die Entwicklung

Sachsens hin zum frühneuzeitlichen Fürstenstaat des Ancien Régime mehr oder weniger zum Abschluss gekommen war.

Weder Dualismus noch Verflechtung

Flügels Buch erschien 2017 als zweiter Band innerhalb der Reihe »Studien und Schriften zur Geschichte der Sächsischen Landtage«, die von Prof. Dr. Uwe Israel und Prof. Dr. Josef



// Familienwappen sächsischer Rittergutsbesitzer aus dem Adel und Jakob Heinrich Graf von Flemming // Foto: Jan Bergmann-Ahlsweide

Flügel befasst sich einleitend mit der europäischen Forschung zur frühneuzeitlichen Staats- bzw. Politikgeschichte und stellt das spezielle kursächsische Beispiel vor diesen Hintergrund. Er beschreibt die territorialen Verhältnisse sowie die Personalstruktur, die Themen und die Tagungsfrequenz der Ständeversammlungen. Vor allem aber nimmt die Landtagsordnung von 1728 als Schlüsselquelle für die sächsische Landtagsgeschichte breiten Raum in seiner Analyse ein. Diese Ordnung schrieb für Kursachsen zum ersten Mal offiziell die Landtagsstrukturen und -abläufe fest. Zwar hatten sich schon im späten Mittelalter wesentliche Charakteristika der sächsischen Ständeversammlungen herausgebildet. Diese Gestaltungsmerkmale waren in einer langen Phase der Tagungsortkontinuität unter verhältnismäßig stabilen gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen in der zweiten Hälfte des 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts zu einem vorläufigen Abschluss gekommen. Doch eine staatliche Regulierung und Festschreibung der bereits gewohnheitsmäßig

praktizierten Verfahren war bis zum Anbruch des 18. Jahrhunderts nicht erfolgt.

Den zweiten Hauptteil widmet Axel Flügel den ritterschaftlichen Landtagsbesuchern und ihren spezifischen Landtagskarrieren. Vorgestellt werden zunächst die verschiedenen Gremien der Ritterschaft und die Art, wie diese besetzt wurden. Anschließend steht im Mittelpunkt, welche Tätigkeiten und Ämter die einzelnen Ritterschaftsangehörigen innerhalb des staatlichen Regierungs- und Verwaltungsapparates ausübten bzw. innehatten. Es stellt sich heraus, dass viele Landtagsmitglieder zugleich Höflinge und Räte des Fürsten waren. Daher können Fürstenstaat und Ständeversammlung nicht prinzipiell als Gegensätze gesehen werden, wie das die weit verbreitete Dualismustheorie seit dem späten 19. Jahrhundert angenommen hat. Auch die abgemilderte Form dieser These, die annimmt, dass Landstände und Landesherr durch einzelne Personen miteinander verstrickt waren, hält Flügel aufgrund seiner breiten empirischen Forschungsbasis für nicht plausibel. Er geht daher noch einen Schritt

weiter und schlägt einen dritten Weg der Interpretation vor. Während sowohl die Dualismustheorie als auch die Verflechtungsthese grundsätzlich von zwei per se getrennten Sphären (Fürstenstaat vs. Landtag) ausgehen, sieht Flügel, »die versammelten Landstände wie die übrigen Räte und Kommissionen als integralen und normalen Bestandteil der zeittypischen landesherrlichen Verwaltung«. Ohne die Rittergutsbesitzer und Stadträte konnte die fürstentstaatliche Verwaltungsspitze nicht in das Land hineinregieren. Daher mussten alle zusammen auf einem Landtag zu gemeinsamen Positionen finden.

Im dritten Hauptkapitel überprüft Flügel seine Erkenntnisse am Beispiel des allgemeinen Landtags von 1742. Hinzu kommt ein Perspektivwechsel. In einem Unterkapitel stellt der Autor am Beispiel des Vogtlandes die Frage, inwiefern der Besitz von Rittergütern Auswirkung auf den Landtagsbesuch hatte. Wer in der Ritterschaft an einer Ständeversammlung teilnehmen wollte, musste nicht nur »altadliger« Abstammung sein, sondern auch ein Ritter-

gut besitzen, das zur Landtagspartizipation berechnete.

Ungewöhnlich ist, dass Axel Flügel in den Anhang nicht nur Personen-, Familien- und Rittergüterlisten, sondern auch eine umfassende Abhandlung zur Forschungsgeschichte der landständischen Verfassung platziert. Dabei handelt es sich um eine ausgekoppelte Darlegung zur Wissenschaftsgeschichte der Landtagsforschung ab dem Beginn der Dualismusdebatte um 1900.

Insgesamt liefert Axel Flügel mit seinem Buch sowohl einen wichtigen Beitrag zur Geschichte des frühneuzeitlichen deutschen Fürstenstaates als auch besonders einschlägige Materialien und Neubewertungen zur kursächsischen Landtagsgeschichte. Es gelingt ihm, die Landtagskarrieren seines Untersuchungszeitraums in überzeugender Weise in die sächsische Politik- und Verwaltungsgeschichte des Ancien Régimes einzubetten und Zusammenhänge sichtbar zu machen, die zuvor niemand gesehen hat. Besonderen Wert besitzt die »Anatomie einer Ritterkurie« aber auch aufgrund der umfassenden Darstellung der Forschungsgeschichte.

Schlösserlandschaften in der deutsch-polnischen Grenzregion

Am 1. März 2018, 18 Uhr, eröffnet Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler die Ausstellung »Schlösserlandschaften in der deutsch-polnischen Grenzregion« im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags. Diese Region mit den Wojwodschaften Westpommern, Lebusener Land und Niederschlesien sowie den Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen steht für eine jahrhundertelange gemeinsame Geschichte. Belegt wird dies nicht zuletzt durch die bedeutenden Schlossanlagen und Herrenhäuser. Mit der Präsentation der Wanderausstellung wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland im Bereich der Denkmalpflege weitergeführt. Die Ausstellung kann bis 6. April 2018 von Montag bis Freitag von 10 bis 18 Uhr besichtigt werden.



Foto: D. Reichtner

Austausch mit dem Südtiroler Landtag

Am 18. und 19. Januar 2018 empfing Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler den Vizepräsidenten des Südtiroler Landtags, Dr. Thomas Widmann, zu einem zweitägigen Arbeitsbesuch in Sachsen. Zum Auftakt trug sich der Politiker in das Gästebuch des Sächsischen Landtags ein. Inhalte der Gespräche bildeten u. a. die Auswertung der Europakonferenz der Landtagspräsidenten in Brüssel Ende 2017 sowie aktuelle Fragen der Geschäftsordnungen der Landtage. Dabei ging es insbesondere um die Nutzung der sozialen Medien durch Abgeordnete und Besucher sowie Fragen des Hausrechts.



Foto: Sindy Rodej

Buchvorstellung zur NS-Zeit in Sachsen

Am 25. Januar 2018 nahmen im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags gut 100 Zuhörer an der Vorstellung des Buches »NS-Terror und Verfolgung in Sachsen. Von den Frühen Konzentrationslagern bis zu den Todesmärschen« teil. Diese Publikation wirft ein neues Licht auf die Zeit des Nationalsozialismus zwischen 1933 und 1945 in Sachsen. Die Herausgeber Hans Brenner, Wolfgang Heidrich, Klaus-Dieter Müller und Dietmar Wendler präsentieren aktuelles Forschungsmaterial u. a. zu den Frühen Konzentrationslagern von 1933 bis 1937 sowie zu den Todesmärschen ab dem Herbst/Winter 1944 über sächsisches Territorium. Die Publikation ist über die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung erhältlich.



www.landtag.sachsen.de/service/publikationen/index.cshmtl



www.landtag.sachsen.de/aktuelles/index.aspx



Der Sächsische Landtag auf Twitter: twitter.com/sax_lt und auf Instagram: [instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

14. – 15.03.2018
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen finden wie folgt statt:

25. – 26.04.2018
30. – 31.05.2018
27. – 28.06.2018
16.08.2018
05. – 06.09.2018
26. – 27.09.2018
07. – 08.11.2018
11. – 14.12.2018

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt. Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausge-

strahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen
CDU
Tel. 0351 493-5555
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AFD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Publikationsbestellung und Leserbrief
Sächsischer Landtag
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst
Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer
Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr;
an Wochenenden und Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag
Öffnungszeiten:
täglich von 11:00 Uhr bis 23:00 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Thomas Gey, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 15.02.2018
Gastautoren: Jan Bergmann-Ahlsweide, TU Dresden, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, 01062 Dresden; Axel Helbig, Sächsischer Landtag, 01067 Dresden

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.